

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Zuh. F. W. Mohr)
Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 233

Mittwoch, den 6. Oktober 1926

78. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Bandfabrikanten **Karl Bernhard Schöne in Pulsnitz**, alleinigen Inhabers der Firma A. L. Schöne in Pulsnitz, Polzenberg Nr. 12, wird am 5. Oktober 1926, nachmittags 1/4 Uhr das **Konkursverfahren eröffnet**.

Der Privatmann **Friedrich Paul Peister** in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **1. November 1926** bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Verbeibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **5. November 1926**, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsorgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 1. November 1926 anzeigen.

Amtsgericht zu Pulsnitz.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Professor Dr. Guthier, der Rektor der Universität Jena, ist freiwillig aus dem Leben geschieden.

Durch eine Kesselschmelzungskatastrophe in Indien sind mehrere hundert Menschen umgekommen.

Bei der geistigen Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins sprachen u. a. auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichsinnenminister Dr. Kull.

In der Strafsache gegen Zwan Kutischer und Genossen ist den Beteiligten gestern das 80 Seiten umfassende Urteil des Schöffengerichts Berlin-Mitte, das am 30. Juni ergangen, zugestellt worden.

Gestern nachmittag hat der Bäckermeister Gustav Trettin seinen neunzehnjährigen Sohn Fritz und sich selbst erschossen. Das Motto zur Tat dürfte in Selbstverleugung zu suchen sein, die sich um der im Februar d. J. erfolgten Geschäftsübergabe des Vaters an den für mündig erklärten Sohn ergeben haben.

Nach den Berliner Morgenblättern wird der Reichstag nach seinem Zusammenritt auf Wunsch der Regierung einen Flaggenauschuss wählen. Ueber seine Zusammenfassung ist noch nichts bekannt. Von rund 1000 Vorschlägen, die eingegangen sind, kommen 40 in engere Wahl und werden dem Ausschuss vorgelegt werden.

Der paneuropäische Kongress hielt am gestrigen Dienstag seine letzte Sitzung ab, in der der Schriftsteller Emil Ludwig das einleitende Referat über „Götze als Europäer“ hielt, worauf eine Reihe verschiedener Vorträge der Delegierten folgten. Die Tagung schloß mit einer stürmischen Kundgebung für Coudenhove. — Kalerghj, den Gründer der paneuropäischen Idee.

Nach vorläufiger Zusammenstellung der Ein- und Ausfuhrziffern über Hamburg ist auch für September wieder eine Passivität der deutschen Handelsbilanz zu ersehen. In Hamburg beträgt der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr den Wert von rund 32 Millionen Mark.

Wie vom Observatorium in Faenza (Italien) mitgeteilt wird, wurde auch vom französischen Observatorium in Parc St. Maurice ein schweres Erdbeben beobachtet. Die genaue Entfernung konnte nicht festgestellt werden. Man vermutet, daß sie zwischen 10—11 000 km betrug.

Die Schuldenkonferenz in Washington.

Nach den Unterredungen, die der amerikanische Schatzsekretär Mellon in der letzten Zeit in Rom und Paris gehabt hat, verdichten sich die Gerüchte, die von einer Wirtschaftskonferenz in Washington sprechen, die im kommenden Januar abgehalten werden soll. Nach der Fühlungnahme Mellons soll der Plan zuerst in einer in dieser Woche beginnenden Vorkonferenz erörtert werden, in der man die europäische Lage einer Gesamtprüfung unterziehen will.

England hat sich mit Amerika über seine Schulden geeinigt, Frankreich nicht. Die Wünsche Frankreichs, der Partner im Weltkriege möge die Schuldenlast herabsetzen, sind bisher stets am Widerstand in Washington gescheitert. Man berechnet die Gesamtschuldenlast Frankreichs auf ungefähr 100 Milliarden Goldfrancs. Davon entfallen auf Schulden an auswärtige Staaten 35 Milliarden Handelschulden an England und Amerika, 18 Milliarden Kriegsschulden an Amerika und 16 Milliarden an England. Das sind insgesamt 37,5 Milliarden. Die Handelschulden sind zum Teil dadurch entstanden, daß Frankreich amerikanisches Kriegsmaterial, das auf französischem Boden lagerte, übernahm. Schon die Tilgung der Handelschulden fällt Frankreich schwer, an die Abtötung der Kriegsschulden hat man noch nicht gedacht. Betrachtet man bei dieser Gelegenheit das französische Budget. Für 1925 waren eingelegt: 16 Milliarden für Verwaltung, Meer und Marine, 18 Milliarden Schuldenzinsen, 2 Milliarden

Wie Frankreich den Fall Germersheim untersuchen will

Zum bevorstehenden Rücktritt Severings — Die Berliner Presse zum Rücktritt Severings
Die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission beendet — Kampf gegen die Opposition in Sowjetrußland

Paris. Eine französische Agentur veröffentlicht zu der Untersuchung des Germersheimer Zwischenfalles durch die deutschen und die französischen Behörden folgende Auslassung: General Guillaumat, der Befehlshaber der französischen Besatzungsarmee, hat den Kriegsminister wissen lassen, daß er den Berichtstatter des Kriegsgerichts von Landau aufgefördert habe, in der Germersheimer Angelegenheit als Zeugen den deutschseits mit der Führung der Untersuchung beauftragten deutschen Beamten sowie die von ihm benannten Zeugen zu vernehmen. Dies sei die einzige Form deutsch-französischer Zusammenarbeit, die ins Auge gefaßt werden könne. Der Reichskommissar habe diese Formel angenommen. Die Angelegenheit sei nunmehr rein gerichtlich; die Untersuchung werde „alles berücksichtigen und absolut unparteiisch sein“.

Ein Zwischenfall in Trier.

Trier. Die Blätter berichten über einen neuen Zwischenfall, der sich in Trier ereignet hat und über den erst jetzt Näheres bekannt wird. In der betreffenden Nacht beobachteten zwei Polizeibeamte, daß zwei Personen einen schweren und ziemlich langen Gegenstand über die Straße schlepten. Beim Näherertreten stellten sie fest, daß die beiden eine Bank aus den Anlagen der Dstallee mitten auf den Fahrdamm gestellt hatten. Die Beamten hielten die Unbekannten an und erluchten sie um Vorzeigung ihrer Ausweise. Statt dieser Aufforderung nachzukommen, nahmen die Zivilisten eine drohende Haltung

ein und wiesen darauf hin, daß sie Franzosen seien. Nach einer nochmaligen Weigerung der beiden griffen die Beamten zur Festnahme und legten dem einen, der sich heftig zur Wehr setzte, eine Kette an. Nun gaben die Unbekannten ihren Widerstand auf und legitimierten sich als Franzosen. Nachdem ihre Persönlichkeiten festgestellt waren, ließen die Beamten die beiden frei. Die beiden Franzosen alarmierten darauf die Bahnhofswache, und diese umstellte sofort den Bahnhofsvorplatz und nahm die Polizeibeamten fest. Auf der Bahnhofswache wurden die Beamten rings von Militär umgeben und der Tatbestand aufgenommen.

Weitere Folgen der Besetzung.

Ein folgenschwerer Gasthausstreit.
Neustadt. Von zuständiger Stelle verlautet über einen, Vorfall in Neustadt a. S. folgendes: In der Nacht zum Montag trat in einer Wirtschaft ein Deutscher namens Krauter zwischen zwei Franzosen, von denen der eine in Zivil, der andere in Uniform war. Es entspann sich zwischen den dreien eine lebhafteste Unterhaltung, die teilweise kollegiale Formen annahm. Der Deutsche, der im Kriege einen Kopfschuß erlitten hat und seitdem für Alkohol sehr empfänglich ist, war angetrunken. Plötzlich stand der französische Sergeant auf und sagte, er sei „in die Brust gestoßen“ worden. Wie der Franzose zu dem Stich gekommen ist, ist noch ungeklärt, da ein Messer über-

haupt nicht gesehen wurde. Die beiden Franzosen verließen darauf das Lokal, jedoch kehrte der eine, der Zivilkleidung getragen hatte, nach ungefähr einer halben Stunde wieder zurück und sagte, man solle kein Aufhebens von der Sache machen; der Gestochene hätte auch nicht die Absicht, den Zwischenfall weiter verfolgen zu lassen. Am Montag abend sprach dann jedoch der französische Verbindungsbeamte bei der Polizei in Neustadt vor und forschte nach dem Täter. Der Fall ist psychologisch noch gar nicht geklärt.

Zum bevorstehenden Rücktritt Severings.

Der Rücktritt des preussischen Innenministers Severing steht unmittelbar bevor. Der Gesundheitszustand des Ministers gibt schon seit Jahren zu Besorgnissen Anlaß. Die Vorbereitungen für die große Polizeiausstellung in Berlin hatten die Arbeiten und Sorgen auch des Ministers in letzter Zeit so vermehrt, daß neuerdings wiederum eine Verschlechterung seines Gesundheitszustandes eingetreten ist. Dadurch ist der schon lange von Severing gehegte Wunsch, von seinem Amte zurückzutreten, noch stärker geworden. Ein offizielles Abschiedsgesuch des Innenministers liegt noch nicht vor. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Frage der Nachfolge Severings noch nicht endgültig geklärt ist. Als aussichtsreichster Kandidat für den Ministerposten wird in eingeweihten Kreisen der gegenwärtige Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, genannt, der als Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags angehört.

Da die in Betracht kommenden Persönlichkeiten ebenso wie Grzesinski ausschließlich der Sozialdemokratie angehören, so scheint der Wechsel im Innenministerium mit einer Erweiterung der Regierungskoalition im Landtage nicht im Zusammenhang zu stehen.

Die Berliner Presse zum Rücktritt Severings.

Berlin, 6. Oktober. Ein großer Teil der Berliner Morgenblätter würdigt die Tätigkeit des aus dem Amte scheidenden preussischen Innenministers Severing. Der „Vorwärts“ meint, Severing habe in den Jahren seiner Führung bewiesen, daß er ein Staatsmann sei. Der „Brennkurier“ sagt, er sei ein treuer Anhänger seiner Partei, sei aber als Minister mehr als ein Parteimann gewesen. Das „B.L.“ rühmt seine große Begehung und Pflichttreue und hebt seinen festen republikanischen Willen hervor. Die „Tägliche Rundschau“ sagt, Severing sei in seiner Ministerstellung jeder Zoll ein Parteimann gewesen. Das System Severing sei auf dem Gebiete der Personalfragen am schädlichsten in die Erscheinung getreten. Der „Lokalanzeiger“ meint, im Gedächtnis der nationalen Kreise in Deutschland werde die Amtstätigkeit Severings lebendig bleiben als eine Zeit schärfster politischer Bebrückung. Die „Kreuzzeitung“ nennt Severing den fähigsten Kopf der Sozialdemokratie, der es fertig gebracht habe, die preussische Verwaltung ganz im sozialdemokratischen Sinne zu demokratisieren.

Die Arbeiten des gemischten Ausschusses der vorbereitenden Abrüstungs-Kommission

Gensf, 6. Oktober. Der sogenannte gemischte Ausschuss der vorbereitenden Abrüstungs-Kommission hat am gestrigen Dienstag seine

